

Christopher Spehr / Roland M. Lehmann (Hg.)

Diskriminierung von Christen in der DDR

Band 1: Militarisierung und Widerstand
in den 1960er Jahren



Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte

Herausgegeben im Auftrag der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft
für Kirchliche Zeitgeschichte von
Siegfried Hermle und Harry Oelke

Reihe B: Darstellungen
Band 88

Vandenhoeck & Ruprecht

Christopher Spehr / Roland M. Lehmann (Hg.)

Diskriminierung von Christen in der DDR

Band 1: Militarisierung und Widerstand
in den 1960er Jahren

Vandenhoeck & Ruprecht

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

© 2023 Vandenhoeck & Ruprecht, Robert-Bosch-Breite 10, D-37079 Göttingen,
ein Imprint der Brill-Gruppe
(Koninklijke Brill NV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston MA,
USA; Brill Asia Pte Ltd, Singapore; Brill Deutschland GmbH, Paderborn,
Deutschland; Brill Österreich GmbH, Wien, Österreich)
Koninklijke Brill NV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Hotei,
Brill Schöningh, Brill Fink, Brill mentis, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau,
V&R unipress und Wageningen Academic.

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen
schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Satz: 3w+p, Rimpar
Druck und Bindung: Hubert & Co, Göttingen
Printed in the EU

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISSN 2197-0874
ISBN 978-3-647-50012-6

Vorwort

Der vorliegende Band vereint 16 Beiträge der interdisziplinären und konfessionsübergreifenden Tagung „Diskriminierung von Christen in den 1960er Jahren der DDR“, die vom 27. bis 29. September 2021 in den Rosensälen und der Aula der Friedrich-Schiller-Universität Jena stattfand. In vier Abteilungen, ergänzt durch ein Interview als fünfte Abteilung, wurde über „Militarisierung“, „christlichen Widerstand und staatliche Gegenmaßnahmen“, „Formen der Diskriminierung“ und „Diskriminierung christlicher Konfessionen und Sondergemeinschaften“ referiert und diskutiert. Hierbei entstand ein differenziertes Panorama im Spannungsfeld von Militarisierung, Widerstand und Diskriminierung, das neue Einblicke und Perspektiven für die historische und kirchenhistorische Zeitgeschichtsforschung der DDR in den 1960er Jahren bietet.

Die Tagung war Teil des vom Freistaat Thüringen finanzierten Forschungsprojekts „Diskriminierung von Christen in der DDR. Dargestellt am Beispiel von Bausoldaten, Totalverweigerern und Jugendlichen im Widerstand gegen die Wehrerziehung in den 1960er Jahren mit Schwerpunkt Thüringer Raum“, zu dem seit Januar 2020 ein fünfköpfiges Team am Lehrstuhl für Kirchengeschichte in Jena forscht. Durchgeführt werden konnte die Tagung dank der großzügigen Unterstützung der Ernst-Abbe-Stiftung und des Freistaates Thüringen.

Im Rahmen der Tagungsvorbereitung kam es zu einem intensiven Austausch mit zahlreichen Personen aus verschiedenen Einrichtungen. Zu danken ist den Expertinnen und Experten der Stiftung Ettersberg, dem Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“, der Evangelischen Akademie Thüringen, dem BMBF-Verbundprojekt „Diktaturerfahrung und Transformation: Biographische Verarbeitungen und gesellschaftliche Repräsentation in Ostdeutschland seit den 1970er Jahren“, dem Lehrstuhl für Kirchengeschichte an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Erfurt, der Arbeitsstelle Pädagogische Lesungen an der Universität Rostock sowie der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Der Dank gilt besonders den Vortragenden, die ihre Beiträge für den Band zur Verfügung stellten. Um die redaktionellen Arbeiten machten sich die studentischen Assistentinnen Pia Martin und Johanna Rosin verdient, welche auch das Register anfertigten.

Dass der Band in der Reihe „Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte“ erscheinen darf, verdanken wir der „Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für

kirchliche Zeitgeschichte der EKD“ und den beiden Reihenherausgebern Prof. Dr. Harry Oelke (München) und Prof. Dr. Siegfried Hermle (Köln). Für die professionelle Betreuung und Drucklegung sei ihnen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verlags Vandenhoeck & Ruprecht in der Brill-Gruppe herzlich gedankt. Ermöglicht wurde der Druck dank der wertvollen Förderung durch die Ernst-Abbe-Stiftung und die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland.

Jena, den 3. Oktober 2022

Christopher Spehr und Roland M. Lehmann

Inhalt

Vorwort	5
<i>Christopher Spehr / Roland M. Lehmann</i>	
Diskriminierung von Christen in der DDR im Horizont von Militarisierung und Widerstand – Eine Einführung	11
I. Militarisierung	25
<i>Detlef Pollack</i>	
Evangelische Theologie und Kirche unter den Bedingungen der kalkulierten Repressions- und Abgrenzungspolitik der DDR in den 1960er Jahren	27
<i>Claudia Lepp</i>	
Die „Remilitarisierung“ der beiden deutschen Staaten und die evangelischen Kirchen	45
<i>Klaus Fitschen</i>	
Die evangelische Kirche in der DDR und die Militarisierung der Jugend: Das Zeugnis des Friedens angesichts der Erziehung zum Hass	71
<i>Kristina Koebe</i>	
Wehrerzieherische Elemente im DDR-Unterricht der 1960er Jahre im Spiegel von Pädagogischen Lesungen dieser Zeit	83
II. Christlicher Widerstand und staatliche Gegenmaßnahmen	95
<i>Hans-Hermann Dirksen</i>	
Entwicklungen bei der Rechtsverfolgung des aktiven Widerstandes von Christen durch die DDR-Justiz	97

Heiner Bröckermann

Das Thema der Wehr- und Waffendienstverweigerer innerhalb der NVA
und im Nationalen Verteidigungsrat der DDR 115

Christiana Steiner

Walter Schilling und die Offene Arbeit als Akteure widerständigen
Handelns gegenüber Kirche und DDR-Staat 135

Henning Pietzsch

Kirchliche Jugendarbeit in Jena und im Thüringer Raum 163

III. Formen der Diskriminierung 179

Albert Scherr

Diskriminierung / Antidiskriminierung – Begriffe und Grundlagen . . . 181

Roland M. Lehmann

Facetten von Diskriminierung – Annäherungen zur
kirchengeschichtlichen Erforschung der DDR 195

IV. Diskriminierung christlicher Konfessionen und Sondergemeinschaften 215

Christopher Spehr

Der „Thüringer Weg“ im Kontext der Diskriminierung von Christen in
der DDR in den 1960er Jahren 217

Jörg Seiler

Diskriminierung katholischer Christen in der DDR in den 1960er
Jahren 249

Roland Cerny-Werner

Zwischen globalem Blick und notwendigem Handeln vor Ort –
Vatikanische Perspektiven auf die Lage der Katholischen Kirche in der
DDR 273

Falk Bersch

Die Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas als marginalisierte und
diskriminierte Gruppe im Kontext der Einführung der Wehrpflicht . . . 295

Bernhard Thiessen

Eingeschüchtert – Angepasst – Aufrechtgegangen: Mennoniten in der
DDR 315

V. Interview 341

Roland M. Lehmann

Im Gespräch mit Rainer Eppelmann: Das Bausoldatentum als „Schule
der Demokratie“ – Erfahrungen als Bausoldat 343

Abkürzungsverzeichnis 349

Autorinnen und Autoren 351

Personenregister 353

Christopher Spehr / Roland M. Lehmann

Diskriminierung von Christen in der DDR im Horizont von Militarisierung und Widerstand – Eine Einführung

Diskriminierung gehört für viele Menschen weltweit zum Alltag, indem sie Ausgrenzungen und Benachteiligungen aufgrund von religiösen, ethnischen oder sozialen Zugehörigkeiten sowie vermeintlichen Zuschreibungen erleben¹. Von besonderer Brisanz sind diese Formen menschlicher Herabwürdigung, wenn sie von totalitären Regierungen gezielt als Mittel zur Unterdrückung Andersdenkender eingesetzt werden².

In der DDR war Diskriminierung ein systemimmanentes Instrument, um nonkonformes Verhalten einzudämmen. Wer sich nicht regimetreu zeigte, konnte schnell in Konflikt mit den staatlichen Behörden geraten und Benachteiligungen auf rechtlicher, sozialer, berufs- und bildungsbiografischer Ebene erleiden. Dies betraf auch die Christen in der DDR, die aufgrund ihres Glaubens der atheistischen Staatsideologie kritisch gegenüberstanden³. Auch über dreißig Jahre nach Ende der DDR sind die Erfahrungen mit der Willkürherrschaft des SED-Regimes in der Generation, die sie erleiden musste, noch präsent. Repressionen und Diskriminierungen konnten sich dabei auf alle Lebensbereiche erstrecken – im Beruf, in der Schule und auch im Alltag. Wenn in diesem Zusammenhang von Christen gesprochen wird, dann sind damit alle männlichen Anhänger und weiblichen Anhängerinnen christlichen Glaubens sowohl der Großkirchen als auch der religiösen Sondergemeinschaften gemeint.

Die maßgebliche Konfliktlinie zwischen christlichem Widerstand und repressiven Maßnahmen des DDR-Staats verlief in den 1960er Jahren vor dem Hintergrund der Militarisierung der Gesellschaft. Zwar bezeichnete sich die DDR selbst als „Friedensstaat“ – der Alltag der Menschen war jedoch auffällig stark militarisiert. Nicht nur im Rahmen der Nationalen Volksarmee oder in den militärisch organisierten Einrichtungen des Staatssicherheitsdienstes, der Bereitschaftspolizei und der Betriebskampfgruppen war der Staat darauf ausgerichtet, junge Menschen auf den Verteidigungsfall vorzubereiten, son-

1 Die Einleitung verzichtet der Übersichtlichkeit halber auf umfangreiche Literaturhinweise und beschränkt Einzelnachweise auf grundlegende Literatur zu den größeren Problemzusammenhängen.

2 Einen aktuellen Einblick in die Diskriminierungsforschung geben SCHERR / EL-MAFAALANI / YÜKSEL, Handbuch.

3 Vgl. die Überblickswerke zur Kirchengeschichte der DDR von MAU, Protestantismus; MASER, Kirchen; NEUBERT, Geschichte; ALBRECHT-BIRKNER, Freiheit; STEGMANN, Kirchen.

dern auch im Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Universität. Insofern bildet das Thema „Militarisierung“ den gesellschaftshistorischen Ausgangspunkt des Sammelbandes, der in der *ersten* Abteilung diskutiert wird. Von dort aus erfolgt in der *zweiten* Abteilung eine Darlegung verschiedener Fallbeispiele, in denen es aufgrund der Militarisierung zum christlichen Widerstand gekommen ist. Die *dritte* Abteilung nimmt eine Metaperspektive ein, indem in ihr Grundlagen und Theorien des Diskriminierungsbegriffs geklärt werden und eine Einführung in die Diskriminierungsforschung erfolgt. In der *vierten* Abteilung wird ein kirchenhistorischer Standpunkt eingenommen, der eine konfessionelle Ausdifferenzierung vornimmt und die Situation zwischen einzelnen Kirchen bzw. Sondergemeinschaften und dem DDR-Staat ins Auge fasst. Abgerundet wird der Tagungsband mit einer *fünften* Abteilung, in der ein Gespräch mit Rainer Eppelmann zu lesen ist, das am 27. September 2022 in der Aula der Friedrich-Schiller-Universität Jena vor Publikum stattfand.

Im Folgenden soll zunächst in die einzelnen Abteilungsthemen eingeführt werden, um sodann die jeweiligen Beiträge des Sammelbandes vorzustellen und aufeinander zu beziehen.

1. Konturen der Militarisierung

Der Globale Militarisierungsindex des Bonner International Centre für Conflict Studies versteht das Phänomen „Militarisierung“ im quantitativen Sinne. Dieser Index gibt die zur Verfügung stehenden Mittel und Kapazitäten der staatlichen Streitkräfte an⁴. Hierzu werden u. a. die Militärausgaben auf das Bruttoinlandsprodukt bezogen, um die Bedeutung des staatlichen Militärapparats im Verhältnis zur Gesellschaft zu ermitteln. Mit solchen Instrumenten können jedoch nicht die ideologischen Maßnahmen der jeweiligen Staaten gemessen werden, die zur militärischen Erziehung der Bevölkerung angewendet werden. Die Militarisierung des Alltags begann in der DDR von Kindesbeinen an und blieb von da an dauerhaft präsent.

In den 1960er Jahre ist die Militarisierung der Gesellschaft der DDR an mehreren historischen Ereignissen festzumachen⁵. Dazu zählen die Abriegelung der Sektorengrenzen am 13. August 1961, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht am 24. Januar 1962, die Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates zur Aufstellung von Baueinheiten in der NVA vom 7. September 1964 und die Etablierung einer obligatorischen wehrerzieherischen Ausbildung in Form eines ein- bis zweiwöchigen Lehrgangs für Schülerinnen und

⁴ Vgl. BAYER, Militarisierungsindex.

⁵ Vgl. grundlegend zum Thema „Militarisierung in der DDR“ die Werke von BRÖCKERMANN, Militarisierung; DERS., Landesverteidigung.

Schüler der Erweiterten Oberschulen, der Spezial- und Fachschulen sowie für Lehrlinge der Berufsausbildung seit dem Schuljahr 1968/69. Gegen jegliche dieser Maßnahmen regte sich Kritik vonseiten der Kirchen und Opposition, so dass es notwendig ist, diesen Kontext in einem ersten Beitrag des Sammelbandes zu thematisieren.

Detlef Pollack eröffnet den Tagungsband mit einer Untersuchung über die Evangelische Theologie und Kirche unter den Bedingungen der kalkulierten Repressions- und Abgrenzungspolitik der DDR. Zunächst untersucht er die Kursverschärfung der DDR seit 1952, die den offensiven Kampf gegen die sozialen und finanziellen Grundlagen der evangelischen Kirchen einläutete. Dabei war die Kirchenpolitik des SED-Regimes von einer Doppelstrategie geprägt: einerseits unnachgiebig in der Sache, aber konziliant in der Form. Eine solche Differenzierungspolitik belohnte die dem Staat gegenüber loyalen Teile der Kirchen, wohingegen die staatskritischen Kräfte benachteiligt wurden. Die Reaktion der Kirchen auf die Repressionspolitik der DDR bestand zunächst darin, Protest zu üben, um danach jedoch verstärkt auf Verhandlungen mit den staatlichen Vertretern hinter geschlossenen Türen zu setzen, damit die Handlungsmöglichkeiten der Kirchen bewahrt würden. Beim Bau der Berliner Mauer nahm die evangelische Kirche eine eher devote Haltung ein. Theologisch lassen sich drei kirchliche Positionen mit Blick auf den ausgeübten politischen Druck ausmachen. Die erste Position formulierte eine stärkere Abgrenzung vom DDR-Staat, die zweite hingegen sah eine angemessene Antwort eher in der Veränderung der kirchlichen Strukturen, um sich für die sozialistisch geprägte Gesellschaft zu öffnen. Zwischen beiden Lagern formierte sich eine dritte Mittelposition, die in den „Zehn Artikeln über Freiheit und Dienst der Kirche“ von 1963 festgehalten ist. Pollack kritisiert dabei die Tendenz einer gewissen „Übertheologisierung“, bei der die Theologie für die Anpassung des Handelns an die politischen Verhältnisse der DDR instrumentalisiert wurde, wenn beispielsweise gefordert wurde, die Kirche möge christusgleich sich selbst verleugnen, um ganz für den anderen da zu sein.

Claudia Lepp vergleicht in ihrem Beitrag die „Remilitarisierung“ der beiden deutschen Staaten. In der Bundesrepublik erfolgte die Wiederbewaffnung bereits seit den 1950er Jahren. Nach ihrer Gründung am 1. April 1956 wurde die Bundeswehr zunehmend in der Gesellschaft entweder als praktische Notwendigkeit oder als charakterbildende Einrichtung akzeptiert. Eine Liberalisierung des Zivildienstrechts fand indes zunächst nur zögerlich statt. In der DDR hingegen wurde der Ausdruck „Militarismus“ als ideologischer Kampfbegriff und als Vorwurf gegen die Bundesrepublik verwendet. Faktisch verfolgte die SED jedoch seit ihren Anfängen ebenfalls eine Wiederaufrüstung. Die kasernierte Volkspolizei, die im Juli 1952 gegründet wurde, wandelte man 1956 zur Nationalen Volksarmee um. Das wesentliche Motiv für die darauffolgende breite Militarisierung der Gesellschaft war die Festigung der DDR sowohl nach außen als auch nach innen. Die Kirchen waren dabei in der ersten

Hälfte der 1950er Jahre in der Frage der Wiederbewaffnung zutiefst zerstritten. Quer zur Ost-West-Grenze verlief die Trennlinie zwischen einem lutherisch geprägten Mehrheitsprotestantismus, die auf der Grundlage der sogenannten Zwei-Reiche-Lehre keine politische Position zur Wiederbewaffnung beziehen wollte, und einem von Karl Barths Theologie beeinflussten Minderheitsprotestantismus, die eine Wiederbewaffnung vor dem Hintergrund der theologischen Lehre von der „Königsherrschaft Christi“ ablehnte. In den 1960er Jahren blieb die Frage der Kriegsdienstverweigerung ein weiterhin umstrittenes Thema, welches jede kirchliche Stellungnahme in Ost wie West schwierig gestaltete.

Klaus Fitschen betrachtet die Kirchenpolitik und Friedenspädagogik der evangelischen Kirche in der DDR als Reaktion auf die Militarisierung der Jugend. In den 1960er Jahren hielten sich die ostdeutschen Landeskirchen mit Äußerungen zum Thema Frieden eher zurück. Eine Ausnahme bildete die „Handreichung für Seelsorge an Wehrpflichtigen“ aus dem Jahr 1965, wengleich der Text faktisch kaum Wirkung zeigte. Ziel der Militarisierung war nicht nur die Landesverteidigung, sondern auch die Konformisierung und Entindividualisierung der Kinder und Jugendlichen. Dagegen setzte die Kirche ein Rahmenkonzept zur „Erziehung zum Frieden“, bei der die Positionen zwischen Kirchenleitung und den Initiativen „von unten“ manches Mal auseinandergingen. Ein deutliches Zeichen setzten die Gemeinden durch die Friedensdekaden in den 1980er Jahren. Die Kirche bot denen, die Widerspruch und Opposition wagten, einen Schutzraum und die Möglichkeit, eine alternative Gegenöffentlichkeit zu etablieren.

Der Beitrag von *Kristina Koebe* weitet den Blick auf das Thema Militarisierung, indem sie die wehrerzieherischen Elemente im DDR-Unterricht im Spiegel von Pädagogischen Lesungen betrachtet. Sie geht der Frage nach, wie sich die Bemühungen um die Schaffung eines Wehrbewusstseins an den Schulen vor 1968 gestalteten. Wertvolle Quellen sind hierfür die Pädagogischen Lesungen, welche ausführliche Abhandlungen über pädagogische Praktiken darstellen, die von den Lehrenden selbst verfasst wurden. Die Wehrerziehung wurde dabei insbesondere im Geschichtsunterricht und in der Staatsbürgerkunde verortet, hielt aber auch Einzug in alle übrigen Fächer. Anvisiert wurde ein komplexes Gefüge wehrerzieherischer Maßnahmen, die den Schulalltag über alle Fächer hinweg prägen sollten. Dabei standen theoretische Wissensvermittlung, Charakterbildung und körperliches Training im Fokus.

2. Christlicher Widerstand gegen die Staatsgewalt

Die zeithistorische Beschreibung von Widerstand und Opposition zählt zu den zentralen Gegenständen der Erforschung moderner Diktaturen⁶. Gleichwohl fehlt bislang eine konsensfähige und abschließende Definition von Widerstand – insbesondere für die DDR-Forschung. Grundsätzlich bezeichnet Widerstand eine Form der Auflehnung im Rahmen asymmetrischer Herrschaftsbeziehungen⁷. Dabei sind verschiedene Modelle zur Abstufung der Phänomene aufgestellt worden. So macht Ilko-Sascha Kowalczuk unter dem Oberbegriff „Widerstand“ vier Handlungsakte aus: Die gesellschaftliche Verweigerung, der soziale Protest, die politische Dissidenz und der Massenprotest⁸. Hubertus Knabe unterscheidet den politischen Widerspruch nach dem Grad der Energie. Die Steigerungsformen lauten Resistenz, partielle Kritik, sozialer Protest, passiver Widerstand, neue soziale Bewegungen, politischer Protest, Dissidenz, politische Opposition, aktiver Widerstand und Aufstand⁹. Solche Modelle bleiben jedoch abstrakt, wenn es nicht gelingt, in den einzelnen historischen Etappen der Zeitgeschichte konkrete Ereignisse passgenau einordnen zu können. Statt eines deduktiven Ansatzes, der ein typisierendes Modell aufstellt und dann versucht, die Ereignisse darauf zu beziehen, ist zunächst auf die Einzelfälle zu blicken und dann induktiv zu einem Ordnungsschema zu gelangen. Diesen Weg ist für die Geschichte der DDR Ehrhart Neubert gegangen¹⁰. Dabei unterscheidet er zwischen legaler Opposition, bei der Neubert das abweichende Verhalten der Blockparteien, Kirchen, sozialetischen Gruppen oder der Bürgerbewegungen im Jahr 1989 vor Augen hat. Von der legalen Opposition ist der illegale Widerstand abzugrenzen. Er besteht in spontanen Massenaufständen, unterdrückten sozialen Milieus, Sabotage- oder Flugblattaktionen sowie in der Entscheidung zur Flucht oder Ausreise. Die dritte Form bezeichnet Neubert als unorganisierten, politischen Widerspruch. Dazu gehören Handlungen innerhalb der SED von Einzelnen oder Gruppen, wie Intellektuellen oder Subkulturen sowie kritische Meinungsäußerungen im Alltag. Freilich sind hier die Grenzen nicht immer randscharf zu ziehen. Dennoch bietet das Schema von Neubert die Grundlage, um weitere Einzelfälle des christlichen Widerstands zu erschließen, die in diesem Sammelband in der zweiten Abteilung diskutiert werden. Dabei ist von Interesse, dass mit Blick auf die staatlichen Gegenmaßnahmen sowohl eine

6 Zum fachwissenschaftlichen Diskurs vgl. den Aufsatzband von BRECHENMACHER, *Zeitgeschichte und die Einführung in die Widerstandsforschung* von HALBROCK, *Freiheit*, 31–37.

7 Vgl. hierzu die grundsätzlichen Erwägungen aus dem Jahr 1977 von HÜTTENBERGER, *Vorüberlegungen*, 116–134, hier 126.

8 Vgl. KOWALCZUK, *Freiheit*, 85–115, hier 97.

9 Vgl. KNABE, *DDR-Opposition*, 184–198, hier 197.

10 Vgl. NEUBERT, *Geschichte*, 29–33.

rechtshistorische als auch eine militärhistorische Perspektive eingenommen wird.

Den aktiven Widerstand von Christen aus der Perspektive der Rechtsverfolgung durch die DDR-Justiz nimmt *Hans-Hermann Dirksen* in den Blick. Seit den 1950er Jahren begann die strafrechtliche Verfolgung von Christen insbesondere gegen die Zeugen Jehovas. Nach dem Mauerbau gerieten ebenfalls Wehrdienstverweigerer ins Visier der Behörden, während ab den 1970er Jahren die Strafverfolgung oppositioneller Gruppen dominierte. Dabei konnten die Behörden bis 1968 gar keine Maßnahmen aufgrund unrechtmäßiger Religionsausübung vornehmen, weil es vor diesem Zeitpunkt noch keine geeigneten Strafnormen für Religionsverbrechen in der DDR-Verfassung gab. Stattdessen verfolgte man rein religiös motivierte Handlungen mit den Mitteln des politischen Strafrechts.

Heiner Bröckermann untersucht das Thema der Wehr- und Waffendienstverweigerer innerhalb der NVA und dessen Diskussion im Nationalen Verteidigungsrat der DDR. Der Militärhistoriker beginnt seine Überlegungen damit, dass die NVA den Wehrdienst mehr als Bürgerrecht denn als Bürgerpflicht angesehen habe. Angebote zur Einrichtung einer Militärseelsorge in der NVA gab es in den 1950er Jahren, welche aber abgelehnt wurden. Der Mauerbau 1961 und die Einführung der Wehrpflicht 1962 wurde vom SED-Regime und von der NVA als „Sicherung des Friedens“ angesehen. Auf die darauffolgende Verweigerung des Wehrdienstes war die NVA nicht richtig vorbereitet. Die Zeit von 1962 bis 1964 betrachtet die DDR-Militärgeschichtsforschung eher als konzeptionslose Phase. Die im Jahr 1964 eröffnete Möglichkeit für einen waffenlosen Wehrdienst in den neu eingerichteten Baubataillonen schuf einen gewissen Ausgleich. Jedoch verhinderte das SED-Regime, dass die Möglichkeit eines solchen Ersatzdienstes in der Öffentlichkeit bekannt gemacht wurde. Insgesamt kommt Bröckermann zu dem Schluss, dass die Wehrdienstverweigerung aufgrund der geringen Umfänge in erster Linie weniger ein militärisches Problem der NVA als vielmehr ein ideologisches und herrschaftspolitisches Problem der SED-Führung war.

Christiana Steiner berichtet über die Offene Arbeit Walter Schillings als Zentrum widerständigen Handelns. Ende der 1970er Jahre galt das Rüstfreizeitheim in Braunsdorf bei Saalfeld als Anlaufstelle für opponierende und nonkonforme Jugendliche in der DDR. Seit 1956 überwachte die Staatssicherheit den Kreisjugendpfarrer Walter Schilling, der mit den „Jugendgroßveranstaltungen“ JUNE (1978/79) und seinen „Gottesdiensten – einmal anders“ immer wieder Aufsehen erregte. Die Kreisdienststelle für Staatssicherheit Rudolstadt versuchte aufgrund des „Verdachts auf staatsfeindliche Gruppenbildung“ die Arbeit Schillings zu zersetzen und schloss das Heim 1974. Theologisch zentral war in der Offenen Arbeit das Jesus-Bild, welches ihn als sich den Randgruppen widmenden Menschen hervorhob. Über den sozialdiakonischen Ansatz hinaus suchte Schilling die Jugendlichen zu begleiten, damit sie selbst das Evangelium verkünden könnten.

Einem weiteren, bis in die 1980er Jahre ausgreifenden Forschungsfeld widmet sich *Henning Pietzsch*, indem er die kirchliche Jugendarbeit in Jena und im Thüringer Raum analysiert. In den 1970er Jahren bildeten sich Jugendzentren in Rudolstadt, Saalfeld, Jena und Weimar aus, die sich zunehmend auch mit vielen kleineren Orten überregional vernetzten. Eine zentrale Rolle in Jena spielte der Jugenddiakon Thomas Auerbach, der neben zwei weiteren Theologiestudierenden aufgrund ihres Protests gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns kurzzeitig verhaftet wurde. Weitere prägende Gestalten in den 1980er Jahren waren die Diakone Wolfgang Musigmann in Erfurt und Lothar König in Jena. Dabei erforderte das jeweilige Agieren der christlichen Jugendlichen innerhalb und außerhalb der Kirchengemeinden eine ständige Balance zwischen Anpassung und Konfrontation. Aufgrund der permanenten Repressionen kam es im Rahmen der Offenen Arbeit zu einer dauerhaften Politisierung immer weiterer neuer Gruppen.

3. Diskriminierungsbegriff und Diskriminierungsforschung

Das Thema „Diskriminierung“ wird seit Jahren intensiv im politischen Bereich debattiert. Auslöser waren die Antidiskriminierungsgesetze der Europäischen Union im Jahr 2000 und das 2006 verabschiedete bundesdeutsche „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“¹¹. Durch diese Entwicklungen hat auch die Wissenschaft ihre Aufmerksamkeit auf dieses Phänomen gelenkt. In den historischen Wissenschaften jedoch ist der Begriff bisher kaum etabliert. Für die im Sammelband verhandelten Themen ist von einem umfassenden Verständnis von „Diskriminierung“ auszugehen. Dies schließt verschiedene Aspekte mit ein: die Motivation (bewusst oder unbewusst), die Akteurinnen und Akteure (individuell oder institutionell), die Äußerungsformen (direkt oder indirekt), den Grad (subtil oder grob) und die Aktionsebenen (interaktiv oder strukturell)¹². In der dritten Abteilung des Sammelbandes werden weitere Grundlagen gelegt.

So gibt *Albert Scherr* eine Einführung in die Begriffe „Diskriminierung“ und „Antidiskriminierung“. Diskriminierung kann dabei nicht nur als Folge von individuell entstandenen Vorurteilen begriffen werden, sondern ist vielmehr ein komplexes System sozialer Beziehungen. Institutionelle und organisationale Aspekte sind gleichermaßen zu berücksichtigen. Der Begriff „Diskriminierung“ setzt dabei die Idee der Gleichbehandlung von Menschen voraus, die in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung (1776) und der französischen Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte (1789) zum ersten

11 Vgl. RIESENHUBER, Gleichbehandlungsgesetz, 5.

12 Vgl. LIEBSCHER, Antidiskriminierungspädagogik, 29; vgl. hierzu auch ZICK, Diskriminierungsforschung, 74.

Mal rechtlich ausformuliert wurde und heutzutage in den Menschenrechten fixiert ist. Für Maßnahmen zur Antidiskriminierung im Sinne der Durchsetzung von Gleichbehandlung ist das Problembewusstsein in der Gesellschaft zu stärken, Antidiskriminierungskonzepte in Einrichtungen zu verankern und Empowerment bei den Betroffenen zu betreiben.

Roland M. Lehmann führt in seinem Beitrag die Gedanken von Albert Scherr fort, indem er die Facetten von Diskriminierung in Annäherung zur kirchengeschichtlichen Erforschung der DDR untersucht. Er weist auf die Aktivitäten der Diskriminierungsforschung in anderen Disziplinen hin und bemerkt demgegenüber, dass in der historischen Forschung dieses Thema sich erst zu etablieren beginne. Dabei definiert Lehmann Diskriminierung als „ungerechte Ungleichbehandlung“. Die kirchengeschichtliche DDR-Forschung lässt das Diskriminierungsthema noch weitgehend vermissen. Nur vereinzelt wird das Thema explizit oder implizit aufgegriffen. Zum Schluss wird ein vorläufiges idealtypischen Modell entwickelt, welches die Phänomene von Diskriminierung zu ordnen und zu erfassen sucht.

4. Die Kirchen und christlichen Sondergemeinschaften

Die kirchliche Zeitgeschichte unterliegt einem rasanten Wandel, der vom gesellschaftlichen Bedeutungsverlust der Großkirchen, den Veränderungen in der akademischen Fächerlandschaft, wechselnden Schwerpunktsetzungen und einer zunehmenden Ausdifferenzierung beeinflusst ist¹³. Die spezifische kirchengeschichtliche Erforschung der DDR-Zeit ist davon nicht unberührt geblieben. Betrachtet man ihre Entwicklung, so lässt sich beobachten, dass nach einer Phase, in der zumeist die kirchliche Gesamtsituation in Form von Überblickswerken in den Blick genommen wurde, in den letzten Jahren eine zunehmende Ausdifferenzierung der Themen und methodischen Zugangsweisen erfolgte, die jedoch noch längst nicht an ihr Ziel gekommen ist¹⁴. Noch immer fehlen sowohl Spezialstudien zu den einzelnen Landeskirchen, Regionen und Orten als auch Untersuchungen, die über den institutionsgeschichtlichen Zugang hinausgehen und das Augenmerk auf sozial-, kultur-, mentalitäts-, theologie- und frömmigkeitsgeschichtliche Aspekte legen. Ein solches Ausdifferenzierungsdefizit ist auch in der komparativen kirchlichen Zeitgeschichtsforschung der DDR zu konstatieren, die neben dem Vergleich der beiden Großkirchen auch die kleineren christlichen Sondergemeinschaften und deren Verhältnis zu ihnen berücksichtigt. Die vierte Abteilung

13 Vgl. BRECHENMACHER, *Zeitgeschichte*, 9.

14 Vgl. hierzu u. a. die Forschungsüberblicke von LEPP, *Forschung*, 455–503; DIES., *Ausgeforscht?*, 93–101; DIES., *Christen*. Vgl. ferner STENGEL, *Kirchen-DDR-Geschichte*, 4–15; DERS., *Blick*, 19–26.

nimmt daher bewusst eine konfessionsdifferenzierende Perspektive ein, indem die Diskriminierung von Christen exemplarisch anhand der evangelischen Landeskirche Thüringens und der Katholischen Kirche sowie anhand von zwei ausgewählten christlichen Minderheiten genauer betrachtet wird.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sah die SED die Großkirchen als gefährliche Gegenspielerinnen an, die versuchten, das sozialistische Weltbild in Zweifel zu ziehen¹⁵. In den 1960er Jahre veränderte sich die Situation. Durch den massiven Ausbau der Machtstrukturen des Parteiapparates und den zunehmenden Rückgang an Kirchenmitgliedern gelang es der DDR-Regierung, das sozialistische Weltbild in der Gesellschaft zu etablieren.

Mit Blick auf die evangelischen Kirchen verfolgte das DDR-Regime eine Differenzierungs- und Unterwanderungspolitik, die bewusst auf das gegenseitige Ausspielen der einzelnen evangelischen Landeskirchen setzte¹⁶. Hierzu sollten sowohl die unteren Gremien wie Gemeindekirchenräte als auch die oberen Kirchenleitungen durch das Einschleusen geeigneter Personen unterwandert werden.

Demgegenüber befand sich die Katholische Kirche auf dem Gebiet der DDR in einer doppelten Diasporasituation¹⁷. Einerseits bildete sie konfessionell betrachtet eine Minderheit innerhalb des Christentums in Ostdeutschland. Davon ausgenommen waren die überwiegend katholisch geprägten Gebiete des Eichsfeldes, der thüringischen Rhön und der sorbischen Oberlausitz. Andererseits lebte die Katholische Kirche gemeinsam mit den Protestanten und den anderen christlichen Sondergemeinschaften in einer ideologischen Diaspora. Der christliche Glaube sollte gegenüber dem marxistisch-leninistischen Weltbild zurückgedrängt werden. Dies führte zu einem verstärkten Bemühen um gelebte Ökumene trotz aller konfessionellen Unterschiede.

Nach dem Zweiten Weltkrieg lebten ca. 2,5 Millionen Katholiken in Ostdeutschland, was bei etwa 18 Millionen Ostdeutschen, knapp 14 Prozent ausmachte, wobei über die Hälfte der Mitglieder aus Flüchtlingen und Vertriebenen bestand¹⁸. Das SED-Regime verfolgte gegenüber der Katholischen Kirche die Strategie, jegliche Verbindung mit den Mutterdiözesen in den westlichen Besatzungszonen bzw. später in der Bundesrepublik zu erschweren. Der Umgang der katholischen Amtskirche mit der SED-Diktatur war dabei von einer geringen Dynamik geprägt, indem sie die Politik politischer Abstinenz verfolgte, um sich so wenig wie möglich vom SED-Staat vereinnahmen zu lassen.

Während zur Geschichte der beiden Großkirchen im Osten Deutschlands bereits zahlreiche Studien erschienen sind, fristet das Thema „Freikirchen und christlichen Sondergemeinschaften in der DDR“ immer noch ein Schatten-

15 Vgl. MASER, Kirchen, 25.

16 Vgl. hierzu die Ausführungen von GOERNER, Kirche, 231–292.

17 Zur Erforschung der katholischen Kirche in der DDR vgl. PILVOUSEK, Kirche.

18 Vgl. POLLACK, Wandel, 19

dasein¹⁹. Unumstritten ist, dass keine andere christliche Gruppe so sehr unter den gezielten Verfolgungen durch den DDR-Staat zu leiden hatte wie die Zeugen Jehovas²⁰. Um 1950 gab es etwa 23.000 Anhänger. Im selben Jahr wurde die Gruppierung verboten. Durch den Mauerbau 1961 waren die Gläubigen vom West-Berliner Büro und der Zentrale in Wiesbaden abgeschnitten. Mit dem Zentralen Operativen Vorgang „Sumpf“ ab dem Jahr 1963 versuchte das SED-Regime flächendeckend die gesamte Untergrundsleitung auszuschalten. Ihre Tätigkeit wurde als „politisch-ideologische Diversion“ gewertet. Problematisch wurde es auch für die Kinder und Jugendlichen, die schon in der Schule zu Außenseitern wurden, keine weiterführenden Schulen besuchen und teilweise nicht einmal eine Ausbildung abschließen durften.

Im Vergleich zählten die Mennoniten mit etwa 2.000 Anhängern nach dem Zweiten Weltkrieg zu den zahlenmäßig kleinsten christlichen Gemeinschaften in der DDR. In den späten 1950er Jahre flohen viele von ihnen in die Bundesrepublik Deutschland, so dass nach dem Mauerbau verstreut einige Mitglieder mit Hauptsitz in Ostberlin übrigblieben. An den Orten, an denen sich eine größere Anzahl von Mennoniten sammelte, wurden die Gläubigen auf dem Weg der Reisepredigt betreut. Aus Furcht vor Repressionen hielten viele ihre Anhängerschaft geheim. Trotz der geringen Anzahl war der Staat bemüht, Spitzel in den inneren Kreis einzuschleusen.

Christopher Spehr widmet sich den Ereignissen in der Thüringischen Landeskirche, indem er den „Thüringer Weg“ im Kontext der Diskriminierung von Christen in der DDR in den 1960er Jahren beschreibt. Unter dem „Thüringer Weg“ wird eine eher systemkonforme und staatsloyale Haltung der Kirchenleitung gegenüber dem SED-Regime verstanden, deren Hauptakteure in diesem Jahrzehnt der Landesbischof Moritz Mitzenheim und der Oberkirchenrat Gerhard Lotz waren. Anhand von Mitzenheims Rundbriefen an die Pfarrer arbeitet Spehr dessen positive Bewertung der Wehrpflicht und seine kritische Haltung zur Kriegsdienstverweigerung sowie zum Bausoldentendient heraus. Gleichzeitig setzte sich Mitzenheim aber auch für Betroffene ein, die unter Repressionen vonseiten des Staates litten, und erwirkte vielfach Rückstellungsersuchen vom Wehrdienst für junge Männer, die sich in der kirchlichen und theologischen Ausbildung befanden.

Jörg Seiler beschreibt die Diskriminierung von Christen aus der Perspektive der römisch-katholischen Kirche. Zur Rekonstruktion bedarf es ihm zufolge eines multiperspektivischen Zugangs, der auch diskursanalytische oder handlungstheoretische Verfahren berücksichtigt. Im Vergleich zu den evangelischen Kirchen vermied es die katholische Kirche, von einer „Christenverfolgung“ in der DDR zu sprechen. Die vom Staat zum Teil willkürlich vollzogenen Diskriminierungen waren dabei nicht ausschließlich auf einen

19 Vgl. FITSCHEN, *Übersehen?*, 19–28.

20 Zur Geschichte der Zeugen Jehovas in Deutschland vgl. DIRKSEN, *Keine Gnade*; BERSCH, *Ab-erkannt*; BESIER / STOKŁOSA, *Zeugen*, 129–268.

religiös sozialisierten Personenkreis beschränkt. Die verschieden dosierte Repression diente dabei auch als Mittel, um die Kirchen bewusst zu täuschen. Dabei war die Konfliktvermeidung gegenüber dem Staat eine wesentliche amtskirchliche Strategie, um den eigenen Handlungsrahmen offen zu halten. Die katholische Kirche bewegte sich insofern zwischen weltanschaulicher Grenzziehung und segmentärer Kooperation.

Roland Cerny-Werner weitet den Blick, indem er die Lage der Katholischen Kirche in der DDR aus der Perspektive des Vatikans schildert. Die Strategie-papiere des vatikanischen Staatssekretariats gaben vor, beim DDR-Staat zu intervenieren, wenn die Spendung der Sakramente, die apostolische Sukzession oder das karitative Wirken gefährdet sein würden. In den 1950er Jahren war die Beschäftigung des Vatikans mit der Situation in der DDR eher randständig. Seit den 1960er Jahren stieg das Interesse an der „Kirche hinter dem Vorhang“ (*chiesa oltrecortina*), was aber unter Berücksichtigung aller Ostblockstaaten und beider deutschen Staaten geschah. Gemeinsames Kennzeichen war dabei die Stärkung des jeweiligen nationalen Episkopats. Papst Johannes XXIII. lockerte die Abwehrpolitik, indem er sich bereit zeigte, auch Repräsentanten kommunistisch regierter Staaten zu empfangen. Vergleichsweise war jedoch die Handlungsnotwendigkeit für den Vatikan mit Blick auf die Situation in der DDR nicht derart ausgeprägt wie z. B. in Polen, Ungarn oder der ČSSR. Papst Paul VI. begann, die Dialogmöglichkeiten weiter auszuloten und versuchte, den wachsenden internationalen Legitimationsdrang der Partei- und Staatsführung für sich fruchtbar zu machen. Thüringen wurde dabei 1975 Schauplatz dieser neuen vatikanischen Ostpolitik, als der vatikanische „Außenminister“ sich weigerte, eine Kranzniederlegung an der „Neuen Wache“ Unter den Linden in Berlin durchzuführen und stattdessen einen Blumenstrauß in der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald ablegte.

Falk Bersch lenkt das Augenmerk auf die Zeugen Jehovas als marginalisierte und diskriminierte Gruppe im Kontext der Einführung der Wehrpflicht. Sowohl im Nationalsozialismus als auch in der DDR wurden Angehörige der Religionsgemeinschaft verfolgt. Bis Mitte der 1960er Jahre wurden 2.253 Zeugen Jehovas von den Strafgerichten zu Zuchthausstrafen verurteilt. Dabei zeigten die Kreisgerichte keine einheitliche Vorgehensweise gegen die Wehrdienstverweigerer hinsichtlich der Dauer der Haftstrafen. Die Richter erkannten die Verweigerungen nicht als religiöse Gewissensentscheidungen an, sondern sahen darin schwerwiegende Angriffe gegen die Interessen des sozialistischen Staates. Die Staatssicherheit nutzte die Einberufung zur NVA auch zur Ausschaltung besonders aktiver Zeugen Jehovas. Nur selten zogen einige Zeugen Jehovas den Dienst in den Baueinheiten in Betracht. Mitglieder der Sondergemeinschaft verbüßten ihre Haft bis 1968 zumeist im Gefängnis Berndshof bei Ueckermünde. Maßnahmen zur „Umerziehung“ der Häftlinge scheiterten. Auch nach der Haftentlassung hörten die Diskriminierungen im Alltagsleben nicht auf.

Die Situation der Mennoniten in der DDR untersucht *Bernhard Thiessen*. Die Mennoniten-Gemeinde in der DDR wurde 1961 infolge des Mauerbaus gegründet. Von der Berliner Hauptzentrale wurden die DDR-weiten Besuche in 14 Orten organisiert. Prägende Gestalt war der Gemeindeleiter Walter Jantzen zusammen mit seiner Frau. Sie wurden unterstützt von Marie „Rie“ Hoogeveen und Daniel Geiser, die 1966 im Auftrag des Internationalen Mennonitischen Hilfswerks zwei Besuchsreisen in die DDR durchführten. Spezifische Verfolgungen von Mennoniten gab es von Seiten des DDR-Staates nicht, wenngleich es zu subtilen Diskriminierungen kam, die zu Ängsten und Einschüchterungen führten, weswegen viele Gemeindeglieder auf die öffentliche Religionsausübung verzichteten und Kontakte zu Glaubensgeschwistern reduzierten. Immer wieder schaffte es die Staatssicherheit, Informanten einzuschleusen.

Abgerundet wird der Tagungsband durch die fünfte Abteilung, in der *Rainer Eppelmann* über seine Erfahrungen als Bausoldat spricht und ausführt, warum er die Bausoldatenzeit als „Schule der Demokratie“ bezeichnen würde. Der Theologe, Bürgerrechtler und Minister für Abrüstung und Verteidigung in der letzten DDR-Regierung schildert dabei anschaulich seine Erlebnisse als Spatensoldat und seinen Erfahrungen während der Haftzeit. Die Verhaftung erfolgte, weil er sich geweigert hatte, das Gelöbnis abzulegen. Eppelmann hebt hervor, dass auch die Kirche eine „Schule der Demokratie“ in der DDR war, da sie für viele Menschen einen Freiraum ermöglichte, die eigene Meinung frei formulieren zu können.

Die hier vorliegende Publikation zur Diskriminierung von Christen in der DDR zeigt, wie facettenreich und anregend das Thema ist. Die Beiträge geben an vielen Stellen zu erkennen, dass der fachwissenschaftliche Diskurs noch längst nicht ausgelotet ist. Neben den 1960er Jahren sind auch die anderen Jahrzehnte der DDR-Zeit in den Blick zu nehmen. Aus konfessionsspezifischer Sicht sind ebenso Einzelchristen und christliche Gruppen in anderen Freikirchen und Religionsgemeinschaften genauer zu betrachten, um die Eigentümlichkeiten der staatlichen Repression einschätzen zu können. Weitere Studien zum Diskriminierungsthema könnten die Leistungen der bereits vorhandenen Widerstandsforschung bereichern und ergänzen. Es bleibt zu hoffen, dass durch diesen Band zur weiteren Erforschung dieses Themas angeregt wird.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- ALBRECHT-BIRKNER, Veronika: Freiheit in Grenzen. Protestantismus in der DDR (CuZ 2). Leipzig 2018.
- BAYER, Markus: Globaler Militarisierungsindex 2021. Bonn 2021. Online abrufbar unter: https://www.bicc.de/uploads/tx_bicctools/BICC_GMI_2021_D.pdf [22.12.2022].

- BESIER, Gerhard / STOKŁOSA, Katarzyna (Hg.): Jehovas Zeugen in Europa. Geschichte und Gegenwart. Band 3: Albanien, Bulgarien, Deutschland, Jugoslawien, Liechtenstein, Österreich, Polen, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn. Berlin 2018.
- BERSCH, Falk: Aberkannt! Die Verfolgung von Jehovas Zeugen im Nationalsozialismus und in der SBZ / DDR (Schriftenreihe der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur 10). Berlin 2017.
- BRECHENMACHER, Thomas u. a. (Hg.): Kirchliche Zeitgeschichte. Bilanz – Fragen – Perspektiven (AKIZ B 83). Göttingen 2021.
- BRÖCKERMANN, Heiner: Militarisierung der DDR. Erfurt 2018.
- : Landesverteidigung und Militarisierung. Militär- und Sicherheitspolitik in der Ära Honecker 1971–1989 (Militärgeschichte der DDR 61). Berlin 2011.
- DIRKSEN, Hans-Hermann: „Keine Gnade den Feinden unserer Republik“. Die Verfolgung der Zeugen Jehovas in der SBZ / DDR 1945–1990 (ZGF 10). Berlin 2001.
- FITSCHEN, Klaus: Übersehen? Die Freikirchen in der DDR in der kirchlichen Zeitgeschichtsforschung. In: KZG 29 (2016), 19–28.
- GOERNER, Martin Georg: Die Kirche als Problem der SED. Strukturen kommunistischer Herrschaftsausübung gegenüber der evangelischen Kirche 1945 bis 1958. Berlin 1997.
- HALBROCK, Christian: „Freiheit heißt, die Angst zu verlieren“. Verweigerung, Widerstand und Opposition in der DDR: Der Ostseebezirk Rostock (Analysen und Dokumente 40). Rostock ²2015.
- HÜTTENBERGER, Peter: Vorüberlegungen zum „Widerstandsbegriff“. In: Jürgen Kocka (Hg.): Theorien in der Praxis des Historikers. Forschungsbeispiele und ihre Diskussion (Geschichte und Gesellschaft 3). Bielefeld 1977, 116–134.
- KNABE, Hubertus: Was war die „DDR-Opposition“? Zur Typologie des politischen Widerspruchs in Ostdeutschland. In: DA 29 (1996), 184–198.
- KOWALCZUK, Ilko-Sascha: Von der Freiheit, Ich zu sagen. Widerständiges Verhalten in der DDR. In: Ulrike Poppe / Rainer Eckert / Ders. (Hg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Berlin 1995, 85–115.
- LEPP, Claudia: 15 Jahre kirchengeschichtliche Forschung im wiedervereinten Deutschland – Ein Rückblick und Ausblick. In: THR 70 (2005), 455–503.
- : Ausgeforscht? Überlegungen zu Stand und Perspektiven der Forschung zur Kirchengeschichte der DDR. In: MKiZ 24 (2006), 93–101.
- : Christen und Kirchen in der DDR. Eine Nachlese (1990–2014). In: Thr 81 (2016), 48–73.
- LIEBSCHER, Doris: Antidiskriminierungspädagogik. Konzepte und Methoden für die Bildungsarbeit mit Jugendlichen. Wiesbaden 2010.
- MAU, Rudolf: Der Protestantismus im Osten Deutschlands. 1945–1990 (KGE IV/3). Leipzig ²2011.
- MASER, Peter: Kirchen in der DDR. Niemals voll in das Regime integriert. Erfurt 2013.
- NEUBERT, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989 (Bundeszentrale für Politische Bildung 346). Bonn ²1998.

- PILVOUSEK, Josef: Die katholische Kirche in der DDR. Beiträge zur Kirchengeschichte Mitteldeutschlands. Münster 2014.
- POLLACK, Detlef: Der Wandel der religiös-kirchlichen Lage in Ostdeutschland nach 1989. Ein Überblick. In: Ders. / Gerd Pickel (Hg.): Religiöser und kirchlicher Wandel in Ostdeutschland 1989–1999. Opladen 2000, 18–47.
- RIESENHUBER, Karl (Hg.): Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz – Grundsatz und Praxisfragen. Berlin 2007.
- SCHERR, Albert / EL-MAFAALANI, Aladin / YÜKSEL, Gökçen (Hg.): Handbuch Diskriminierung (SRS). Wiesbaden 2017.
- STEGMANN, Andreas: Die Kirchen in der DDR. Von der sowjetischen Besatzung bis zur Friedlichen Revolution. München 2021.
- STENGEL, Friedemann: Kirchen-DDR-Geschichte zwischen Gedächtnispolitik und Erinnern. In: epd-Dokumentation Nr. 40 (2015), 4–15.
- : Blick in die Forschung. In: epd-Dokumentation Nr. 44 (2019), 19–26.
- ZICK, Andreas: Sozialpsychologische Diskriminierungsforschung. In: Scherr / El-Mafaalani / Yüksel, Handbuch, 59–80.

I. Militarisierung